

# Geheimniskrämer Cassis

Parlamentarier aller Lager kritisieren das Versteckspiel um die EU-Verträge. Nicht einmal die anderen Bundesräte bekamen das unter Verschluss gehaltene Werk zu Gesicht. Für die SVP übertreffen erste Eindrücke die «schlimmsten Befürchtungen».

*Philipp Gut*

Die Geheimniskrämerei um die neuen Verträge der Schweiz mit der Europäischen Union sorgt weiterhin für Unruhe und Unverständnis in Bern. Dass nur ein paar Auserwählte Zugang erhielten und dass erst der Protest der Aussenpolitischen Kommission und der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats sowie der zuvor ebenfalls ausgeschlossenen SVP schliesslich dazu führte, dass pro Fraktion zwei Vertreter unter Aufsicht in einem eigens eingerichteten, streng bewachten

*Was beabsichtigt der Bundesrat damit? Hat Brüssel dieses Vorgehen sogar empfohlen, befohlen?*

Lesezimmer im Bundeshaus einen kurzen Blick in das insgesamt 1800 Seiten dicke, wie ein Staatsgeheimnis gehütete Vertragswerk werfen durften, ohne Fotografien zu machen oder Abschriften erstellen zu dürfen, ist ein ziemlich einmaliger Vorgang in der Geschichte der modernen Eidgenossenschaft. Er steht quer zu den Gepflogenheiten in dem sonst auf maximale Mitsprache angelegten politischen Meinungsbildungsprozess und passt auch nicht zur basisdemokratischen Tradition der Schweiz.

## Kulturbruch des Vertrauens

Ist unser System nicht auf Konkordanz und Einbindung aller relevanten Kräfte, auf Vernehmlassungen, Ämterkonsultationen, runde Tische, auf Konkordate, paritätische und sonstige Kommissionen und Kooperationen aller mit allen gegründet? Dieses Miteinander, dieses Alle-an-Bord-haben-Wollen ist ja von nachgerade epischem Ausmass hierzulande. Auch historisch ist die Eidgenossenschaft, angefangen bei den Landsgemeinden und Tagsatzungen im Mittelalter, immer einen anderen Weg gegangen als die europäischen Herrschaftsgebiete ringsum, wo man hochwohlgeboren und erlaucht sein musste, um überhaupt in die Nähe der Zirkel der Macht zu gelangen, die dann gerne in einer Kabinettpolitik hinter verschlossener Tür ausgeübt wurde.



*Lichtscheue Hinterzimmerpolitik:* Aussenminister Cassis mit EU-Vize Sefcovic (l.).

Die Geheimdiplomatie des Bundesrats im EU-Dossier missachtet so offensichtlich diese Tradition, dass sich unweigerlich Fragen aufdrängen: Was beabsichtigt der Bundesrat damit? Hat dieser Kulturbruch des Vertrauens mit dem Verhandlungspartner und der völlig unterschiedlichen politischen Konstruktion der Schweiz und der Europäischen Union zu tun? Hat Brüssel Bern ein solch verschleiernendes Vorgehen vielleicht sogar empfohlen, befohlen? Oder ist diese Vorliebe für das Schummrige, die hier zum Ausdruck kommt, auf Berner Mist gewachsen, Mittel und Werkzeug einer politischen und Verwaltungsklasse, die sich entfremdet, entfernt hat von dem, was die Schweiz ausmacht?

Wir haben das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) von Bundesrat Ignazio Cassis (FDP) direkt gefragt, warum nur ausgewählte Personen die Verträge einsehen dürfen, nach welchen Kriterien deren

Auswahl verläuft und wer überhaupt auf die glorreiche Idee dieses Geheimkults gekommen ist. Die Antwort ist eher eine Nichtantwort. Das Parlament und die politischen Parteien seien über den Verlauf der Verhandlungen «regelmässig informiert» worden, so das EDA. Zum Verhandlungsmandatsentwurf – also zur Vorgeschichte – seien die aussenpolitischen Kommissionen und die anderen interessierten parlamentarischen Kommissionen «konsultiert» worden. Aufgrund von Anfragen von parlamentarischen Fraktionen/Parteien und der Wichtigkeit des Dossiers habe das EDA nun entschieden, dass die mit der EU ausgehandelten Abkommenstexte, die ja schon seit Dezember letzten Jahres vorliegen, «unter gewissen Auflagen» eingesehen werden könnten. Es gelte aber weiter das «Vertraulichkeitsprinzip».

Im Klartext: Die privilegierten Parlamentarier und sonstigen Auserwählten, die sich die

Blitzlektüre des 1800-Seiten-Ziegelsteins erst erkämpfen mussten, erhielten dafür einen Maulkorb umgebunden. Erschwerend kommt hinzu, dass bisher nur englische Entwürfe der Verträge vorliegen, die offenbar in einer so komplizierten juristischen Sprache verfasst sind, dass die meisten wohl auch auf Deutsch Mühe hätten, sie auf Anhieb zu verstehen.

### Und das Mauern geht weiter

Zum weiteren Fahrplan teilt das EDA mit, die Paraphierung der endgültigen Abkommenstexte werde voraussichtlich noch im Mai in Bern erfolgen. Bis dahin würden «die Arbeiten im Hinblick auf die rechtliche Bereinigung der Dokumente und deren Übersetzung weitergeführt». Der Bundesrat werde noch vor der Sommerpause über die Eröffnung einer ordentlichen Vernehmlassung zum Botschaftsentwurf entscheiden. Zu diesem Zeitpunkt würden alle Abkommenstexte als Teil der Vernehmlassungsunterlagen veröffentlicht werden. Die Vernehmlassung dauere bis Ende Oktober. Es sei vorgesehen, die Botschaft im ersten Quartal 2026 ans Parlament zu überweisen.

Wie Recherchen der *Weltwoche* zeigen, machte das Versteckspiel um die Verträge jedoch selbst vor dem Bundesrat nicht Halt. Sämtliche Texte der verschiedenen Teilabkommen lagen lange nur Cassis' EDA vor; die anderen Bundesräte sahen nur jene Teile, die ihr eigenes Departement betrafen. Es war mithin auch dem Regierungsgremium nicht möglich, sich ein eigenständiges Urteil zu bilden.

Und das Mauern geht weiter. Die *Weltwoche* erreicht Thomas Aeschi, SVP-Fraktionschef und Präsident der Efta/EU-Delegation, am Montag telefonisch in Brüssel. Er kommt gerade von einem Treffen mit Vertretern der Schweizer Mission bei der EU. «Dort wurden alle Fragen zu den Verträgen abgeblockt und keine Hand geboten für eine dringende Klärung und Aufklärung»,

### Die «systematische Schwächung des Parlaments» zeige, was Cassis von ihm halte: «Nichts!»

sagt Aeschi, der zuvor mit Nationalratskollegin Magdalena Martullo-Blocher in jener Geheimlesekommission im Bundeshaus oberflächlich über die Textberge gleiten durfte und danach festhielt, er sei «schockiert darüber, wie schlecht dieser Vertrag verhandelt wurde». Damit würde «alles zerstört, was die Schweiz erfolgreich macht». Aufgrund der absurden Geheimhaltungsverpflichtung könne er nicht ins Detail gehen. «Nur so viel: Ich sehe unsere schlimmsten Befürchtungen mehr als bestätigt.»

Martullo-Blocher sagt gegenüber der *Weltwoche*: «Man will dem Volk nicht eröffnen, wie weit die Anketzung an die EU gehen soll. Wenn es nach dem Bundesrat geht, gibt es nicht ein-

mal eine obligatorische Abstimmung mit Ständemehr. Nur wenn jemand das Referendum ergreift, wird der Vertrag überhaupt dem Volk vorgelegt.»

Ebenfalls am Montag reichte Nationalrat Rémy Wyssmann (SVP) ein Gesuch um eine Schlichtungsverhandlung beim Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten ein. Das EDA hatte zuvor sein Informationsersuchen auf die lange Bank geschoben, das sich sowohl auf das Parlamentsgesetz als auch auf das Öffentlichkeitsgesetz berief. Dabei zitierte es aus einem Brief von Cassis an Laurent Wehrli (FDP), den Präsidenten der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats, aus dem hervorgeht, dass das EDA die Frage des «Einsichtsrechts» noch «vor der Paraphierung der Abkommen dem Bundesrat zum Entscheid unterbreiten werde». Der Aussenminister spielt also weiter auf Zeit.

Nationalrat Wyssmann sieht darin eine «systematische Schwächung des Parlaments», die zeige, was Cassis und das EDA «von ihm halten: nämlich nichts». Es werde wie ein lästiger Klotz am Bein behandelt, obwohl ihm laut Verfassung die Obergewalt über die Regierung zukomme.

### Vorteil Brüssel

Kritik kommt sodann von der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission. «Der Bundesrat kann nicht einfach ein Scheingrüppli bilden, das im Parlamentsgesetz gar nicht so vorgesehen ist», sagte SVP-Nationalrat und GPK-Mitglied Alfred Heer zum *Blick*. Unterstützung erhält Heer aus dem linken Lager. Falls der Bundesrat nicht einlenke und die Verträge allen zugänglich mache, würde sie eine GPK-Untersuchung begrüssen, so SP-Nationalrätin Gabriela Suter.

Die nur auf grossen Druck gnädig gewährte, beschränkte Einsichtnahme bleibt auch deshalb problematisch, weil so die Frist für eine gründliche Auseinandersetzung mit der Materie weiter verkürzt wird und sich einige wenige Ausgewählte, besonders die eingeweihten Beamten im Aussendepartement, einen Informationsvorsprung verschaffen können.

Warum, wenn sie sich des überzeugenden Inhalts der ausgehandelten Verträge so sicher sind, veranstalten Bundesrat Cassis und seine Diplomaten einen solchen Eiertanz darum? Warum gehen sie nicht selbstbewusst in die Offensive? Oder zeugt ihr Zaudern vielmehr von Unsicherheit? Verstehen sie etwa selbst nicht bis ins Detail, was diese kiloschweren Verträge für die Schweiz an beabsichtigten wie unbeabsichtigten Folgen und Nebenfolgen nach sich ziehen könnten?

Die lichtscheue Hinterzimmerpolitik im Bundeshaus Ost fällt jedenfalls umso mehr auf, als die Gegenseite ihre Schäfchen offenbar entschlossen zusammenhält und sie auch transparent informiert. EU-Parlamentarier hätten sich schon «intensiv mit den beschlossenen Texten vertraut gemacht» und erhielten «regelmässig Informationen» seitens der Kommission

sowie vom zuständigen Kommissar Maros Sefcovic, sagte Andreas Schwab, Vorsitzender der EU-Schweiz-Delegation des Europäischen Parlaments, nach einem *Blick*-Bericht («Er hat das Abkommen bis ins Detail gelesen.»).

### Demokratie für Afrika

Auf Schweizer Seite war dagegen von Anfang an der Wurm drin. Spätestens seit Bundespräsidentin Viola Amherd kurz vor ihrem Ab-

### Falls der Bundesrat nicht einlenke, würde sie eine GPK-Untersuchung begrüssen, so SP-Nationalrätin Suter.

schied zum Jahreswechsel unbedingt noch ein Foto für die Geschichtsbücher mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wollte, obwohl sie gemäss *Tages-Anzeiger* von ihren Kollegen an der Teilnahme der Medienkonferenz über den Abschluss der Verhandlungen gehindert worden war, reihte sich eine Kommunikationspanne an die nächste, gipfelnd im fluchtartigen Rückzug des auch wegen des «toxischen EU-Dossiers» (*Weltwoche*) nur wenige Monate im Amt verbliebenen Bundesratsprechers Andrea Arcidiacono.

Dass nun die vom Bundesrat beabsichtigte Ausschaltung des Ständemehrs bei der Volksabstimmung zu den EU-Verträgen praktisch zeitgleich mit dem cassisschen Geheimhaltungsmanöver publik gemacht wurde, passt da ins Bild. Das dabei angewendete «Vertraulichkeitsprinzip» weckt nur weiteres Misstrauen. Dies, während Cassis' Beamte in Afrika mit Abermillionen von Steuergeldern Projekte finanzieren, um «demokratische Kultur» und «Rechenschaftspflicht» zu fördern.

## DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR IT-STELLEN

Mit [www.itjobs.ch](http://www.itjobs.ch) qualifiziertes Fachpersonal im Informatikbereich finden!

jetzt inserieren



[stellen-anzeiger.ch](http://stellen-anzeiger.ch) GmbH  
[info@itjobs.ch](mailto:info@itjobs.ch)  
044 440 10 80  
[www.itjobs.ch](http://www.itjobs.ch)

**itjobs.ch**  
KARRIERE AUF SICHER